

Podiumsdiskussion

„Quo Vadis Albanien?“

Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien: Zwischen Hoffnung und Herausforderungen!

**Veranstaltende: Organisation deutsch-albanischer Akademiker e.V. (ODA) in Kooperation mit der Organisation Albanischer Studenten und Alumni e.V. (OASA), der Südosteuropa-Gesellschaft e.V. (SOG), CDU Landesverband Hamburg, ABATON und KF Kosova 1977
Hamburg, 30. November 2024**

Bericht von Blerta Lazebeu, Berlin

Einleitung

Die Podiumsdiskussion wurde im Rahmen der Deutsch-Albanischen Kulturtag in Hamburg organisiert und beleuchtete die Herausforderungen und Perspektiven für Albanien und die westlichen Balkanstaaten auf ihrem Weg in die EU. Experten aus Politik, Medien und Zivilgesellschaft äußerten sich zu den Hürden, Fortschritten und diesbezüglich notwendigen Reformen. Dabei standen Themen wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Korruptionsbekämpfung und die Rolle der Zivilgesellschaft im Fokus.

Zu den Diskussionsteilnehmenden gehörten *Knut Fleckenstein* (SPD-Politiker, ehemaliger MdEP und Berichterstatter für Albanien – Berater für die Stadt Tirana), *Hans-Joachim Falenski* (Außenpolitischer Berater der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag a.D.), *Tomor Alizoti* (Mitglied der Demokratischen Partei, Vizevorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im albanischen Parlament), *Enver Robelli* (Redakteur und Reporter, Tagesanzeiger Schweiz), *Erhard Bühler* (Generalleutnant a.D. – ehemaliger KFOR-Kommandant in Kosovo) und *Bledar Milaqi* (Vorsitzender der Bewegung „Diaspora per Shqipërinë e Lirë“ /Diaspora für ein freies Albanien in Deutschland). Moderiert wurde die Podiumsdiskussion von *Muhamet Idrizi* (Vorsitzender von ODA e.V.).

Aktueller Stand und Herausforderungen

Knut Fleckenstein sprach sich während der Diskussionsrunde für eine zügige Aufnahme Albaniens und der Westbalkanstaaten in die EU aus. Dabei betonte er, dass die Staaten einerseits ihre Hausaufgaben machen und die EU-

Beitrittskriterien erfüllen müssten. Andererseits stellte er klar, dass auch die Menschen in der EU verstehen sollten, warum die Integration der Balkanstaaten für die europäische Gesellschaft von Bedeutung ist. Wichtig sei, dass das Parlament und die Zivilgesellschaft stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Ebenso sollten die Pressefreiheit und die Rechte der Journalistinnen und Journalisten energischer eingefordert werden, damit sie frei und unabhängig arbeiten können.

Ein weiterer zentraler Punkt sei die effiziente Nutzung der EU-Fördergelder für Projekte, die direkt den Menschen zugutekommen und den Fortschritt in den Ländern für die Bevölkerung sichtbar machen. Eine stärkere Einbindung der westlichen Balkanländer in gemeinsame Beratungsprozesse zu Reformen und anderen relevanten Themen könnte ebenfalls dazu beitragen, dass die Bevölkerung das Gefühl bekommt, dass Reformen tatsächlich etwas bewirken.

Hans-Joachim Falenski, der 2019 die neuen Bedingungen des Bundestages für eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien formuliert hat, hob hervor, dass vier von fünfzehn Bedingungen bisher nicht erfüllt seien. Dazu gehörten: die Wahlrechtsreformen gemäß OSZE- und Venedig-Kommission-Empfehlungen, die Mediengesetzkorrekturen, die Strafverfolgung bei Wahlstimmenkauf sowie die effektive Korruptionsbekämpfung – trotz guter Arbeit der Antikorruptionsbehörde SPAK. Er betonte, dass für den Beginn der Verhandlungen auch der internationale Kontext mit betrachtet werden

müsse: Der Krieg Russlands gegen die Ukraine; die verstärkten chinesischen Bemühungen, auf dem westlichen Balkan Einfluss zu gewinnen sowie das Bemühen der EU, den Erweiterungsprozess voranzubringen.

Positiv notierte *Falenski* Albanien's hervorragende Außenpolitik und auch gute Tätigkeit im UN-Sicherheitsrat in den letzten zwei Jahren. Als negative Faktoren nannte Falenski die fehlende Umsetzung zentraler Reformen in Albanien und schätzte den Zeitrahmen für die Beitrittsverhandlungen auf 6–8 Jahre, falls Reformen ernsthaft angegangen würden. „Ohne echten politischen Willen wird Albanien die Verhandlungen nicht vor 2030 abschließen können“, prognostizierte Falenski.

Demokratische Defizite und Medienfreiheit

Der Oppositionspolitiker *Tomor Alizoti* hob die Verbindung zwischen Stabilität und Demokratie hervor. „Demokratie lebt von Kritik und schlechten Nachrichten. Doch die Opposition hat in Albanien heute wenig Raum“, kritisierte er. Er behauptete, die Opposition stehe in Albanien unter Druck, und Korruption sowie kriminelle Kartelle dominierten die Wahlprozesse. Albanien habe in den letzten Jahren Rückschritte gemacht. „Die Menschen im Ausland sehen nur die schönen Lichter und neuen Straßen, aber wenn man wählen geht, hat man es mit sehr gefährlichen Leuten zu tun“, erklärte Alizoti.

Der Journalist *Enver Robelli* wies besorgt auf die Zunahme von Fake News und die Schwäche der Medienfreiheit auf dem Balkan hin. Angesichts der Auswirkungen von Desinformation stelle sich die Frage, was passieren wird, sollte diese Entwicklung auf dem Balkan weiterhin mit solcher Intensität anhalten. In Albanien sehe er zahlreiche bedenkliche Entwicklungen, insbesondere, dass die Grenze zwischen Medien und Geschäftsinteressen immer weiter verschwimmt. Manche Journalisten und Journalistinnen lebten dort in maßlosem Luxus.

Über Serbien berichtete *Robelli*, dass dort regierungsnahe Medien die Bevölkerung diffamierten, ohne dass Konsequenzen folgten. Dies sei sehr beunruhigend und Robelli plädierte diesbezüglich für mehr Ernsthaftigkeit auf allen

Seiten. Darüber hinaus kritisierte Robelli das Fehlen einer starken Opposition in Albanien und betonte, dass dies dringend geändert werden müsse, um die Demokratie und die Beitrittsperspektiven zu fördern.

Die Rollen der Diaspora und der Zivilgesellschaft

Bledar Milaqi, der sich lange für das Wahlrecht der Diaspora in Albanien eingesetzt hat, das 2023 eingeführt wurde, plädierte für eine stärkere Einbindung der albanischen Diaspora. „Die Diaspora kann ein wichtiger Treiber für Reformen sein. Doch ihre Stimme wird kaum gehört“, erklärte er. Zudem betonte er, dass mehr als 1,7 Millionen im Ausland lebende Albanerinnen und Albaner wahlberechtigt seien und somit die politische Landschaft maßgeblich beeinflussen könnten. Milaqi sprach sich außerdem für eine „realistischere“ Betrachtung Albanien's durch die EU aus, mit weniger Fokus auf „Stabilokratie“.

Sicherheits- und geopolitische Perspektiven

Der Sicherheitsexperte *Erhard Bühler* beschrieb die militärische Lage auf dem Balkan dank der NATO-Mitgliedschaften und der Präsenz von EU-Truppen als stabil und bezeichnete die von einigen Ländern „wie Serbien und leider auch Kosovo“ verwendete Kriegsrhetorik als ungerechtfertigt. Er warnte jedoch vor nationalistischen Spannungen, die den Aussöhnungsprozess behindern könnten. Bühler sprach sich dafür aus, den gesamten Westbalkan so schnell wie möglich in die NATO- und EU-Strukturen zu integrieren.

Fazit

Die Podiumsdiskussion sowie die zahlreichen Fragen aus dem Publikum zur Beitrittsperspektive der Westbalkanstaaten machten deutlich, dass bis zum EU-Beitritt noch zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen sind. Albanien, wie auch die anderen Westbalkanstaaten, stehe vor der Aufgabe, die Beitrittskriterien der EU zu erfüllen, was insbesondere zügige politische Reformen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung erfordere. Gleichzeitig wurde herausgehoben, dass die Stärkung der Zivilgesellschaft von zentraler Bedeutung ist, wobei Nichtregierungsorganisationen und die albanische Dias-

pora aktiv in die Reformprozesse eingebunden werden sollten.

Die Förderung der Medienfreiheit bleibe ebenfalls eine zentrale Aufgabe, die entschlossenere Maßnahmen zur Verbesserung der Pressefreiheit notwendig macht. Darüber hinaus bedürfe es eines verstärkten Engagements der EU, um eine klare Erweiterungsstrategie zu verfolgen. Begleitende Öffentlichkeitsarbeit sollte dazu beitragen, sowohl die Bevölkerung in Europa als auch auf dem Balkan von der Bedeutung der EU-Erweiterung zu überzeugen.

Blick nach vorne

Abschließend lässt sich als Ergebnis der Diskussion festhalten, dass trotz zahlreicher Herausforderungen die Hoffnung auf eine engere EU-Integration der Region besteht, sofern Reformen ernsthaft angegangen werden und internationale Unterstützung effektiv genutzt wird. Der Weg in die EU für Albanien und seine Nachbarn ist dabei kein Sprint, sondern ein Marathon. Doch mit Entschlossenheit und Unterstützung von innen und außen könnte die Integration gelingen.